



Sozialdemokraten Glotz, Brandt: „Gibt es den Yeti, die Europäische Linke, überhaupt?“

Die Malaise der Linken

Von Peter Glotz*

Die Aufklärung muß sich auf sich selbst besinnen, wenn die Menschen nicht vollends verraten werden sollen.

Theodor W. Adorno / Max Horkheimer

Reagan und Chirac in Berlin; sie verlangen „das Selbstverständliche“, wie später ein (allerdings extremer) journalistischer Fähnleinsführer schreiben wird: Wiedervereinigung, die Mauer muß weg. Es sind die führenden Staatsmänner genau derjenigen Mächte, die 1953, bei der Rebellion Berliner Bauarbeiter, ebenso Gewehr bei Fuß standen wie 1961, beim Bau der Mauer – zu Recht, vermutlich, sonst wären wir tot. Und die Nachfolger Adenauers (der es 1961 nicht eilig hatte, nach Berlin zu kommen) schauen stolz und drohend um sich, ob einer es wagt, den großen Brüdern zu widersprechen.

Wundert sich da noch irgend jemand, daß deutsche Dichter deutsche Politiker als „Charaktermasken“ (Enzensberger) bezeichnen und französische Philosophen das „Verschwinden des Politischen“ (Baudrillard) konstatieren? Die Menschen vermeiden so große Worte; und wenden sich achselzuckend ihren Geschäften zu.

Der Neokonservatismus erstarrt in symbolischer Politik.

* Peter Glotz, 48, in den siebziger Jahren Wissenschaftssenator in Berlin, war von 1981 bis 1987 Bundesgeschäftsführer der SPD.

Über die Idee, man könne eine moderne Volkswirtschaft über die Geldmenge steuern, reden nur noch ein paar Professoren; die härtesten Kritiker des amerikanischen Militär-Keynesianismus sind inzwischen europäische Banker; und das Pathos der „moral majority“ ist längst im Schnürboden der Geschichte verhallt.

Und doch: Margaret Thatcher, Helmut Kohl, Ciriaco De Mita und Jacques Chirac gewinnen ihre Wahlen. Könnte das an der Europäischen Linken liegen?

Wir sind durchaus an einer Wendestelle des Zeitgeists. Der neue Konservatismus, der als Antwort auf die unruhigen, widerständigen Sixties entstanden war, erlahmt; er hat vor allem dort, wo ihm alles zugetraut wurde, bei der ökonomischen Regulation, versagt. Aber es sieht derzeit nicht so aus, als ob ihn – in Europa – die Linke beerben würde. Eher ein populistischer Liberalismus, der auf alte Werte pfeift und die Last der ökonomischen Steuerung vom Staat auf den Markt verlagern möchte.

Die Linke muß wissen: Ein Jahrzehnt solcher Deregulierung – und IBM sind endgültig mächtiger als die deutsche oder französische Regierung. Schreckt das die Linke?

Die Arbeitslosigkeit kann man im Schnittmuster des Nationalstaats vielleicht mindern; wirksam bekämpfen kann man sie in den alten Strukturen nicht. Alle wissen das; nur die

Politiker geben es nicht zu, was wiederum niemanden wundert und niemanden berührt. Wählen beruhigt, sagt der konservative Soziologe Niklas Luhmann. Aber ist er konservativ? Daß wir ein System ohne Zentrum seien, das gar nicht die Möglichkeit habe, ganzheitlich auf Gefährdungen zu reagieren, sagen doch Grüne ganz ähnlich – eine „Abrüstung des Politischen“ fordern die „Ökolibertären“.

Und ein Linker, der Berliner Lebensstilforscher Hermann Schwengel, vermutet kühl: „Die politische Klasse und ihre Rhetorik wäre nur der fast schon lächerlich ahnungslose Überbau einer vollendeten Gesellschaft, der sich noch einbildete, Kopf zu sein, wo er bestenfalls ein regionales Verteilernetz unterhält.“ So habe ich mich in der Zentrale der SPD auch hin und wieder gefühlt.

An Sonntagvormittagen glänzt die wunderbare Armatur des Staats noch in Sonne; an Werktagen mahlen viele Schaufeln im Leeren herum. Für die, die das Gemeinwohl sowieso auf mysteriöse Weise aus dem Markt aufsteigen sehen, scheint das kein Problem. Aber für unsereinen? Man sieht doch, daß das fundamentalistische Moralisieren (von rechten Feuilletonchefs und grünen Evangelisten) soziales Unrecht nicht mindert.

Man will doch die Beziehungstechniker von der Macht fernhalten, also die, die Politik durch das Flair einer Person ersetzen wollen. Man möchte doch den verspäteten Anhängern des Adam Smith, den Privatisierungsfanatikern, in den Arm fallen. Nur: Kann das die Linke in Europa?

Die Linke ist philosophisch desorientiert, seit man ihr den Fortschrittsbegriff zerstört und den Humanismus der Aufklärung zu einem Allerweltsbegriff verallgemeinert hat. Sie ist ökonomisch angeschlagen, weil die Krise des Marxismus ihr zwar nicht den Gegner, wohl aber die eigene ökonomische Vision genommen zu haben scheint; und sie droht ihren alten Vorteil – die straffe Organisation der Facharbeitergewerkschaften und Facharbeiterparteien – zu verlieren.

So steht sie in der Postmoderne zur Zeit etwas verloren herum, an einem Tag herausgefordert von alternativen Lebensreformern, am anderen durch lebensstüchtig-aufstiegsorientierte neue Angestellte. Und manchmal wandelt sich der Müslimann rasch zum jungen Gourmet. Was dann?

★

Ich rede immer von der Europäischen Linken. Die Frage ist nur: Existiert dieser Schneemensch überhaupt? Gibt es den Yeti, oder gibt es ihn nicht? Können sich die französischen Sozialisten und die deutschen Sozialdemokraten über die Pershings einigen? Oder verzetteln sie sich mit symbolisch-gemischten Brigaden? Arbeiten die deutsche IG Metall und die italienische CGIL an einer gemeinsamen Politik zur Arbeitszeitverkürzung und Flexibilisierung – oder beschränken sie sich auf ritualisierte und starre Gesten der Solidarität?

Kommt ein politischer Dialog zwischen den großen Intellektuellen der Linken in Gang? Antwortet Régis Debray auf Jürgen Habermas? Lesen deutsche Linke „marxism today“, die offenste marxistische Zeitschrift Europas? Lassen sich die Franzosen für den visionären italienischen Denker Antonio Gramsci interessieren, oder fühlen sie sich mit Nietzsche und Heidegger ausgelastet?

Der amerikanische Elektronikkonzern IBM hat eine deutsche Tochter. Die SEL ist mit den Franzosen verbunden, Fiat

verkauft in Deutschland, BMW verkauft in Italien. Philips (Eindhoven) und Siemens (München) treiben gemeinsam das „Submicron-Projekt“ voran: noch winzigere Chips. Die deutsche Werkzeugmaschinenindustrie hat weltweite Kontakte.

Der Bund sozialdemokratischer Parteien in Europa aber oder der Europäische Gewerkschaftsbund sind eher Adressen als Organisationen. Die Arbeiterbewegung ist unter dem Banner des Internationalismus angetreten. Heute ist die Geschäftswelt internationalistisch, die Linke national verkapstelt.

Die Wirtschaft hat längst begriffen, daß das gute alte Prinzip „local for local“ obsolet geworden ist. Die Politik aber kann sich von ihrem „local for local“, von der abgelebten Nationalstaatsideologie, immer noch nicht trennen.

Mit triumphierendem Glitzern in den Augen zeigen die deutschen National-Konservativen auf die Franzosen: Seht euch deren „nationales Bewußtsein“ an. Sorry, Mister Dregger, auch die lieben Nachbarn sind manchmal nicht ganz up to date.

Die Malaise der Linken in Europa liegt zuallererst in ihrer Unfähigkeit zur Europäisierung der Politik. Wenn die Rechte an ihren Rändern noch Konservative duldet, die von der Identität von Staat und Nation träumen, ist das unschädlich. Die heutige Rechte erfüllt, wenn sie *nicht* regiert, sondern den wirtschaftlichen Prozessen ihren Lauf läßt, ihr (zuweilen noch unausgesprochenes) Programm. Für die Linke ist solche Ignoranz tödlich. Wer mit dem Anspruch auf geschichtlich verantwortliche Aktivität angetreten ist, aber nur Rhetorik liefert, macht sich lächerlich – auf immer. Die Linke wird entweder als *europäische Kraft* revitalisiert – oder unter würdigen Belobungen für historische Verdienste von der Bühne geschoben.

Die alten Europabewegungen waren Friedensbewegungen und entzündeten sich im Elend der europäischen Kriege; nach ein paar Jahren Waffenstillstand ermüdete die Begeisterung jeweils im Konflikt wirtschaftlicher Interessen. In den siebziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts aber ist das ökonomische System selbst ins Rutschen geraten. Die Fundamente des europäischen Hauses werden brüchig. Jetzt heißt es: Friß, Vogel, oder stirb.

Die neue Situation ist von einem radikalen Machtverlust der Einzelstaaten bei der Steuerung wirtschaftlicher Prozesse gekennzeichnet. Der Wechsel vom fixen zum flexiblen Kurssystem sprengte das letzte solide Verbindungsglied zwischen den Industriestaaten. Blitzschnell entstanden transnationale und exterritoriale Finanz- und Kreditmärkte, die heute das wirtschaftliche Geschehen stärker bestimmen als irgendeine nationale Regierung.

Die Staaten haben ihre Zinssouveränität und damit die Möglichkeit einer wirksamen nationalen Anti-Krisenpolitik verloren. Die Unsicherheit der Wechselkurse entmutigte Investitionen in die Massenproduktion. Die Linke klagt die Massenarbeitslosigkeit an; aber ihr altes Rezept, der nationale Keynesianismus, greift nicht mehr. Was nun?

Gleichzeitig wird die Eigenständigkeit der europäischen Kultur auf dramatische Weise bedroht. Neue technische Entwicklungen (wie die Satellitentechnik, die Digitalisierung, die Computerisierung der Vermittlung, das Glasfaserkabel usw.) ermöglichen eine bisher undenkbbare Beschleunigung,

Vervielfältigung und Internationalisierung der Kommunikation.

Es beginnt ein großer Kampf um die Macht über die technische Infrastruktur wie über das Programm. An der einen Front kämpfen die alten Elektronikriesen, an der anderen die neuen, wagemutigen Condottieri des Medien-Kapitalismus: Murdoch und Kirch, Maxwell und Berlusconi. Was droht, ist eine völlig legale Teil-Enteignung der europäischen Öffentlichkeit. Wo mag da die Linke bleiben?

Ja, weiß der Teufel, wo sie bleibt. Solange die englische von vergangenen Klassenkämpfen träumt, die französische sich mit einem modernisierten Gaullismus arrangiert, die deutsche dem politischen Machtwesen, dem Erwerbssinn und dem neuen Individualismus wieder einmal fremdelnd gegenübersteht und alle miteinander das Risiko (und die Kompromisse) eines gemeinsamen Projekts scheuen, ist diese Frage unbeantwortbar.

Sicher ist nur eins: Die Europäische Linke muß sich zusammenraffen; oder sie geht vor die Hunde.

★

Der Kern der Verunsicherung der Linken ist, so komisch das klingen mag, eine „philosophische“ Desorientierung. Die demokratisch-sozialistischen Parteien und Gewerkschaften haben sich in einer großen Kraftanstrengung von allen dogmatischen Formen des Marxismus befreit; aber die (dringend notwendige) ideologische Öffnung geriet ihnen zur blinden Pragmatisierung. Die Toleranz wuchs sich zur Gleichgültigkeit aus: Das Prinzip „Jeder kann seinen Sozialismus begründen, wie er will“ führte zu der Zuspitzung „Egal, warum er bei uns ist, Hauptsache, er ist bei uns“.

So befreite sich die Linke nicht nur von einer „wissenschaftlichen“ Weltanschauung; ihr kam die Aufklärung als Idee fortschreitenden Denkens abhandeln. Jetzt fühlt sie sich frei; aber sie ist frei wie ein Ausflügler, der seine Geldbörse auf der abendlichen Lichtung liegenließ und es nur noch nicht bemerkt hat, weil er seither noch nicht zahlen mußte. Er wandert und wandert in den Abend hinein . . .

Die Behauptung, daß die Linke nichts sei als ein Produkt der Industrialisierung der letzten einhundertfünfzig Jahre, stimmt nicht einmal für die Sozialdemokratie. Aber natürlich ist die Linke ein Kind jener Moderne, die mit Descartes begann und sich das Ziel setzte, die Welt zu entzaubern, den Menschen die Furcht zu nehmen und sie als Herren einzusetzen.

Der Humanismus der Aufklärung ist konstruiert um ein Subjekt, das man sich als autonom vorstellte. Wer diese Vorstellung preisgibt, zieht der Linken den Boden weg, auf dem sie steht.

Gegen dieses Subjekt aber wird seit Jahrzehnten ein großangelegter Prozeß geführt. Die Zeugen der Anklage sind Legion: Ob strenge Marxisten den Humanismus des jungen Marx verwerfen und die Eigendynamik ökonomischer, objektiver Strukturen beweisen; ob Nietzscheaner (wie Michel Foucault in „Wahnsinn und Gesellschaft“) nachweisen wollen, daß das finstere Mittelalter dem Wahnsinn menschlicher Begegnete als die Neuzeit, und damit jeden Fortschritt lächerlich machen; ob die Psychoanalyse (wie der französische Freudianer Jacques Lacan) die Philosophie des Cogito* ent-

larvt und das Subjekt kühl aus dem Zentrum rückt; ob die Naturphilosophie den Menschen zur Natur in der Natur herunterstuft – der Anspruch des Subjektes, Herr seines Denkens und Handelns zu sein, ist auf der ganzen Linie bestritten.

Willkürlich sind diese Anklagen keineswegs. Für Descartes war der Mensch „Beherrscher und Besitzer der Natur“. Der Besitz ist ziemlich heruntergewirtschaftet. Wenn die Menschheit die Ortsnamen Auschwitz, Hiroshima, Nagasaki, My Lai, Tschernobyl, Bhopal und ein paar hundert weitere memoriert, wird ihr angst.

Es gibt eine Verstrickung der Aufklärung in blinde Herrschaft. Deswegen kann nur eine aufgeklärte Aufklärung überleben. Deswegen muß Europa den *quantitativen* Fortschrittsbegriff überwinden und einen *qualitativen* an seine Stelle setzen.

Aber auf die vollständige Dekonstruktion der Moderne, wie sie sich in den letzten Jahren vollzog, hat die Linke keine Antwort mehr. Als notwendig aktivistische, auf gesellschaftliche Hoffnungen angelegte Bewegung wird sie wehrlos, wenn der Fortschritt der Geschichte als kreisförmig betrachtet wird. Warum soll man sich dann herumquälen?

Wer das Subjekt, das einmal stolz sein Ego cogito ausgeschleudert hat, nur noch als Ding unter Dingen betrachtet, wird sich fragen, ob er versuchen soll, die Welt durch Arbeit mühsam zu verändern. Und wenn der Mensch in den Strukturen aufgeht – also nicht denkt, sondern gedacht wird, nicht spricht, sondern gesprochen wird –, dann kommt vielleicht nicht bewußt, aber doch unbewußt die Frage, ob der ganze Lärm um die Menschenrechte eigentlich noch viel Sinn macht.

Die Aufhebung dieses Problems im christlichen Glauben ist möglich. Der gläubige Christ braucht den Fortschritt nicht, er hat die Erlösung durch Christus. Aber wer in den modernen Ge-

sellschaften, wer in den linken Massenorganisationen (und wer in den rechten?) trägt diese eiserne Ration im Beutel?

Dies aber heißt: Wenn der Linken jetzt, nach vierhundert Jahren Arbeit auf der großen Baustelle der Aufklärung, oben auf dem Gerüst schwindlig wird, dann wird ihr die Arbeiterlaubnis entzogen. Wenn die Linke die Linie, die Descartes, Kant, Hegel und Marx, die Newton, Galilei, Darwin, Freud und Einstein gezeichnet haben, aufgibt – statt sie weiterzuentwickeln –, gibt sie sich selbst auf.

★

Erfolg oder Mißerfolg der Europäischen Linken hängen davon ab, ob sie sich ein realistisches Verhältnis zu Wissenschaft und Technik erhält – oder neu erarbeitet. Zum ehernen Maschinerie-Begriff von Marx, zur Technik-Euphorie des Futurismus, zum ungebrochenen Technik-Vertrauen früherer sozialistischer Programme (wie auch des Godesberger Programms der SPD) führt kein Weg zurück.

Die undurchschaute Belastung unserer Böden durch Tausende Produkte der Petrochemie, die nach jahrzehntelanger Laufzeit von Kernkraftwerken immer noch ungelöste Entsorgung, die Bedrohung durch die Manipulation menschlicher Gene zwingen zu abwägender Vorsicht. Es gilt die Maxime der „Dialektik der Aufklärung“: „Jeder Versuch, den Naturzwang zu brechen, indem Natur gebrochen wird, führt um so tiefer in den Naturzwang hinein“ (Adorno/Horkheimer). Aber die Linke muß sich gegen die modische Techno-Phobie

* Ich denke.

der teils sozialwissenschaftlichen, teils ästhetischen, teils religiösen Kulturkritik zur Wehr setzen. Es muß eine fundamentale Forderung der Linken sein, daß die Grundlagenforschung von jeder staatlichen Bevormundung frei bleibt. Das fehlte uns noch: laisierte Kardinalskonzilien über die Mikrobiologie.

Allerdings brauchen wir einen neuen, früh einsetzenden und sensibel eingefädelten Dialog zwischen Wissenschaft und Politik, genauer noch: zwischen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften. Aber keine Frageverbote.

Vor allem muß die Linke die Kraft sein, die Technik für lebendige Arbeit nutzbar macht. Es ist möglich, in den Kernsektoren der Industrie – also in der Werkzeugmaschinen- oder Automobilindustrie und der Großchemie – Produktionskonzepte durchzusetzen, die eine Verbesserung der Qualifikation der Arbeiter und einen breiteren Aufgabenzuschnitt mit sich bringen.

Die immer weitere Zerteilung – „Taylorisierung“ – von Arbeit ist kein unwiderruflich verhängtes Schicksal. Die mikroelektronisch gestützte (und nicht mehr nur punktuelle, sondern „systemische“) Rationalisierung der Angestellten-Arbeit führt keineswegs notwendig zur Mechanisierung der geistigen Arbeit oder zur Automatisierung des Kopfes. Man kann auch eine Zurücknahme von engen Funktionsaufteilungen, eine Abgabe sturer Routine an den Computer erkämpfen.

Natürlich: Auch wenn in Autofabriken die mörderische Überkopfarbeit künftig von Robotern übernommen wird – in der Margarineindustrie bleibt die Drecksarbeit übrig. Gerade wenn der Sachbearbeiter in einer Versicherung zum Allround-Spezialisten aufgewertet wird, kann die Bindung an seinen Betrieb – der ihm den individuellen Aufstieg in Aussicht stellt – zu einer Art Neofeudalismus geraten. Geschenkt wird der Arbeiterbewegung gar nichts. Die emanzipatorischen Kräfte der modernen Technik können nur freigesetzt werden, wenn eingewurzelte und realistische Gewerkschaften arbeitspolitische Millimeterarbeit leisten. Eine feierlich-furchtsame Haltung, die von der jeweils übernächsten Computergeneration den Untergang der Welt erwartet, befähigt zu solcher Millimeterarbeit nicht. Hier lernt die deutsche Arbeiterbewegung gerade von der italienischen und französischen.

Den deutschen Linken, die ihre Marx-Ausgabe zum Antiquar getragen haben und statt dessen *nur* noch Günther Anders lesen, sei geraten: Gebt wieder Suchanzeigen auf. Denn der Computer ist im Prinzip eine Maschine, auf die Marx' Definition des handwerklichen Werkzeugs zutrifft: ein Instrument, das auf die produktiven Fähigkeiten des Anwenders reagiert und sie erweitert. Die amerikanischen Ökonomen Michael J. Piore und Charles F. Sabel sagen sogar: „Die Heraufkunft des Computers hat die menschliche Kontrolle über den Produktionsprozeß wiederhergestellt; die Maschine ist wieder dem, der sie bedient, untergeordnet.“

Das ist noch Zukunftsmusik. Aber die Linke darf sich von dem Nonsens-Dialog der EDV- und Organisationsexperten auf der einen und der negativen Utopisten – Rilke nannte sie die „Klagefürsten des Landes“ – auf der anderen Seite nicht länger beirren lassen.

Die einen sonnen sich im Gefühl unbegrenzter technischer Gestaltungskompetenz und strahlen Pioniergeist aus: harten Individualismus, Fitness, Besitzindividualismus und sentimentale Verehrung der Frauen. Die anderen verkörpern den Unhappy-end-Typus (den Mathias Wieman immer in deutschen Filmen der fünfziger Jahre gespielt hat): Sie beschwören den gläsernen Menschen, die verkabelte Gesellschaft, das menschenleere Büro – also die technologiefixierte negative Utopie.

Beide Typen sind für eine Linke, die an die Macht will, gleich gefährlich: Die Entfremdung des arbeitenden Menschen ist bekämpfbar – aber kämpfen muß man schon.



Auch die Gesellschaft der Zukunft wird – in Europa – eine Industriegesellschaft sein; und eine Arbeitsgesellschaft. Das Herunterschumpfen der Industrie auf eine randständige Größe ist falsche Prophetie. Und Arbeit muß eine Schlüsselkategorie der Linken bleiben.

Die visionär herbeigesehnte Zwei-Drittel-Gesellschaft, in der zwei Drittel Arbeitnehmer einem dritten Drittel der Gesellschaft ein garantiertes Grundeinkommen zusammenarbeiten, wäre weder friedlicher noch gerechter als die reale Zwei-Drittel-Gesellschaft, in der die ökonomisch führende Schicht die Mehrheit der Arbeitnehmer zu kooptieren sucht und eine Minderheit von Arbeitslosen, Kleinrentnerinnen und Kleinrentnern, Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz, Wanderarbeitern und die Randbelegschaften brutal herunterstuft.

Arbeit war in der Geschichte und ist heute oft genug bloße Plackerei, die die Menschen auf sich nehmen, um zu überleben. Aber die *Aufhebung* der Arbeit ist nicht nur illusionär; sie ist auch keine vernünftige Utopie. Es geht nicht um die Abschaffung der Arbeit,

sondern um die systematische Bekämpfung von Arbeits-Leid. Es geht nicht um das Lob der Faulheit, sondern um die Anerkennung und Vervielfältigung neuer, schöpferischer Formen der Arbeit. Erwerbsarbeit kann selbstbestimmter werden; aber es gibt auch sinnvolle Arbeit, die nicht gegen Geld getauscht wird.

Und Freizeit und Arbeit müssen sich nicht so aufeinander beziehen, daß die freie Zeit vom Rhythmus der Arbeit terrorisiert bleibt. Arbeit ist im Kern ein Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur. Der Mensch braucht ein Gegenüber, das er formen und verändern kann. „Freiheit und Autonomie der Subjekte bedürfen der Gegenständlichkeit, auf die sie sich beziehen und in der sie sich bestätigen oder verneint finden“ (Oskar Negt).

Die Europäische Linke verfügt – wenn sie es denn begreift – über eine konkrete Utopie, die Millionen bewegen könnte: Arbeitszeitverkürzung. Arbeitszeitverkürzung aber nicht nur als technokratisches Instrument zur gerechteren Verteilung von Arbeit, sondern als das gesellschaftsverändernde Ziel, den Menschen mehr *disponible Zeit* zu schaffen.

Hier liegt eine historische Chance, die in der Geschichte der Menschheit noch niemals gegeben war: zu erreichen, daß die Orientierungs-Zeit eines Menschen größer ist als die Arbeitszeit und die Zerstreuungs- und Ausruhzzeit, die einer braucht.

Die Linke hat keine Ziele mehr? Hier hätte sie eins; nicht mehr auf dem Papier, sondern schon in den sozialen Kämpfen. Die Metallgewerkschaft der Bundesrepublik hat hier 1984 eine

historische Auseinandersetzung begonnen, die europäisiert werden muß. Realistisch, ohne Silberblick, aber auch ohne Zögern. Die Grenzen sind abgesteckt: Man kann keine Mark, kein Pfund, keine Lira zweimal verteilen; je weniger Produktivitätszuwachs, desto weniger Arbeitszeitverkürzung; die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie muß gewahrt werden; die Zahl der Grenzbetriebe, die durch rasche Arbeitszeitverkürzung gefährdet werden, muß kalkulierbar bleiben; eine für den Betrieb und den Arbeitnehmer zumutbare Flexibilisierung der Arbeitszeit ist unvermeidbar.

Aber in einer großen Anstrengung wäre es möglich, den Kampf von deutschen Metallarbeitern für systematische Arbeitszeitverkürzungen *mit* Lohnausgleich – also *ohne* soziale Abstufung – zu einem Thema der ganzen europäischen Linken zu machen; nicht nur zu einer Spezialfrage der Sozialpolitik, sondern zu einer großen politischen, kulturellen, gesellschaftlichen Initiative.

Eine neue Zeitpolitik – das ist kein isoliertes Kampfgebiet für Facharbeiter, sondern eine schichtenübergreifende, verbindende humanistische Idee: Arbeit und Muße in eine prinzipiell neue Balance zu bringen. Es wäre der größte neuere Programmpunkt einer politischen Bewegung, der der Begriff „Emanzipation“ nicht peinlich geworden ist.

★

Die Linke muß die Erneuerung der Produktionsstrukturen der europäischen Industriegesellschaft zu ihrem Projekt machen. Sie muß über subalterne, reaktive Strategien hinaus – und eine eigene Vision der ökonomischen Zukunft formulieren. In vielen europäischen Ländern ist dazu eine produktivistische Wendung – oder Rückwendung – der Linken nötig: weg von einer Mentalität, die nur den Schutz der Arbeiter und Angestellten vor den Schachzügen des Managements im Auge hat; hin zu einem eigenen Konzept.

Diese Wendung zum produktivistischen Sektor der modernen Gesellschaft verlangt zuerst eine erneute Justierung des Verhältnisses zum Kapitalismus. Die Linke kann den Kapitalismus ruhig Kapitalismus nennen (statt entwickelter Marktwirtschaft); aber sie muß die lebensentscheidende Bedeutung unternehmender Unternehmer für jede Ökonomie auch innerlich akzeptieren.

Sie kann ohne Bedenken fordern, die wirtschaftliche Übermacht des Finanzkapitals zu begrenzen, aber sie muß es vermeiden, auch noch die Techniker aus dem mittleren Management, das hochtechnologisierte Handwerk oder die neue Informations- und Dienstleistungsbranche ganz und gar ins Lager des politischen Gegners zu treiben. Sie kann eine Reform des privaten Bankenapparats auf ihre Fahnen schreiben; aber sie muß dann als der Anwalt kleiner und mittlerer Unternehmen in der Existenzgründungs-, Forschungs- oder Steuerpolitik auftreten.

Mit einem Wort: Die Strategie des Frontalangriffs gegen den Kapitalismus ist passé; die zentralistischen Hoffnungen der Linken sind spätestens mit dem Scheitern des Projekts der Vereinigten Linken in Frankreich 1981/82 zerstoßen. Es bleibt die Aufgabe, die Raubbau-Logik ungesteuerter kapitalistischer Modernisierung zu zähnen; es bleibt aber auch die unumstößliche Erkenntnis, daß sich eine produktive Wirtschaft nicht gegen eine geschlossene Front der Eliten des produktivistischen Sektors organisieren läßt.

Wenn es abwärtsgeht, ist da nichts zu verbergen: ob beim Schiffbau, bei Glühlampen, Automatikgetrieben, Fahrzeugteilen oder bestimmten Stahlorten. Aber was soll geschehen, damit es wieder aufwärtsgeht? Was die Linke aus guten Gründen nicht will, hat sie meist akribisch aufgelistet: den Plutoniumsstaat oder die chemische Landwirtschaft, die bemannte Raumfahrt oder irgendwelche Anwendungen der Gentechnologie.

Aber was *will* sie? Wie sollen die Unterauslastung der Kapazitäten, die Arbeitslosigkeit und der Zusammenbruch von Massenmärkten aufgefangen werden?

Die Frage ist: Was soll sein? Soll in bestimmten Regionen ein neues Paradigma der technologischen Entwicklung, eine neue Form der handwerklichen Produktion und der flexiblen Spezialisierung gefördert werden – also eine Entwicklung, die in Italien, in Baden-Württemberg und in Japan erfolgreich war und die sich inzwischen bei wichtigen Branchen, zum Beispiel der Halbleiterei, immer mehr durchsetzt?

Setzt die Linke auf große Investitionen in eine neue Kommunikationsinfrastruktur, also ISDN und Breitband-ISDN? Kämpft sie für eine gezielte Unterstützung der Solarwasserstoffenergie-techniken? Für eine moderne ökologische Industrie? Entwirft sie ein Konzept, in dem Computer Integrated Manufacturing (CIM) – also eine gezielte Automatisierung der Produktion in unterschiedlichen Branchen durch regionale Beratungszentren und unter Konsultation der Gewerkschaften – systematisch vorangetrieben wird? Oder wartet sie darauf, daß eine mit dem Management der Großwirtschaft verbundene politische Rechte Vorschläge macht, und formuliert dann die (häufig notwendigen) Bedenken?

Unter den Betriebsräten der Bundesrepublik gab es vor Jahren die Diskussion, ob man bei neuen Technologien „Ja, aber . . .“ oder „Nein, wenn nicht . . .“ sagen sollte. Die Formulierung dieser Alternative war vielleicht verständlich; die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte ermöglichen heutzutage keine aktive Modernisierungsstrategie. Aber wie ist es mit der *politischen* Linken?

Sie will in den europäischen Industriegesellschaften nicht die Funktion der Betriebsräte. Sie will Vorstand werden. Oder?

★

Die Entkernung des Staates, seine teils neoliberale, teils rousseauistische Auszehrung macht die Europäische Linke krank. Die Franzosen haben es da besser als die Deutschen oder die Engländer; aber die Gespenster der Entstaatlichung geistern durch ganz Europa.

In der Bundesrepublik sind wir so heruntergekommen, daß ein allerliebstes Plappermäulchen der „Frankfurter Allgemeinen“ in einem Leitartikel über Europa schreiben darf: „Daß große Teile der teuren Forschungsprogramme für allerlei Zukunftsaufgaben ohne Gefahr gestrichen werden können, bedarf keiner Begründung.“

Der Herr schreibt die Zukunftsaufgaben in Anführungsstrichen. Die Linke schweigt. Der Antistaatsdiskurs hat sie mundtot gemacht.

Die Linke muß heraus aus ihrer Zwickmühle. Der zentralistische Größenwahn, als könne der Staat die Wirtschaft effektiv steuern, ist zu den Akten zu legen; die Sozialisten Westeuropas sollten sich bei der Debatte um die Marktwirtschaft von den Kommunisten Ungarns nicht überholen lassen.

sen. Die Linke muß für Konsumenten-souveränität, freie Investitionsentscheidungen, freie Geldvermögensdispositionen und eine dezentrale Entscheidungsfindung eintreten; aber auch für eine wirtschaftspolitisch gesteuerte Marktwirtschaft. Die Linke braucht einen ebenso selbstkritischen wie handhabbaren Begriff vom Staat.

Man analysiere ökonomische Erfolgsgeschichten der letzten Jahrzehnte. Wie entstand Japans riesiger Erfolg mit NC-Ausrüstungen? Erfuhren die kleinen Betriebe der Besteckindustrie in Tsubame City durch Meditation von den Methoden der elektrolitischen Oberflächenbehandlung? Verbreitete sich die Kenntnis der Vakuumgußform in der Präfektur Nagano durch Wanderprediger? Nein, der Staat hatte – schon in den fünfziger Jahren – 180 lokale Forschungszentren subventioniert.

Wie entstand der Erfolg der kleinen Stahlbetriebe in Brescia, der Industrie für Landwirtschafts- und Bauausrüstungen in der Emilia-Romagna und der Keramikhersteller in Sassuolo? Durch die italienische Großfamilie, die Existenz von Kaufmannstraditionen – und eine gezielte Infrastrukturpolitik der Regionen und Städte. Sie bauten Industrieparks mit Gemeinschaftskantinen, eröffneten Berufsschulen, verbesserten die Verkehrsverbindungen und halfen, ähnlich wie die Japaner, bei der Forschung.

Und selbst die landwirtschaftlichen Familienbetriebe in den USA – die mythischen Beispiele für freien Wettbewerb – hätten nie ohne die detaillierte technische und betriebswirtschaftliche Beratung überleben können, die die amerikanische Bundesregierung zur Verfügung stellte. Warum sich also ins Bockshorn jagen lassen?

Wie mögen sich die modernen Entstaatlicher eigentlich die Konkurrenz zwischen Japan, den Vereinigten Staaten und Europa bei den integrierten Schaltkreisen vorstellen? Die immer weitere Miniaturisierung kostet Milliarden und Abermilliarden; selbst große europäische Konzerne können hier nicht mit japanischen und amerikanischen Konkurrenten mithalten, die von ihrem Handelsministerium oder über den Verteidigungsetat riesige Förderungssummen bekommen.

Aber wenn Europa auf diesem Feld von seinen Konkurrenten abhängig wird, kann man die Rederei von seiner Selbstbehauptung endgültig vergessen. Könnte man das den Deregulieren nicht einmal mitteilen?

Allerdings sind diese Konzerne manchmal selber vergeßlich: Dieselben Leute, die heute den Staat – jedenfalls in manchen Sonntagsreden – zum Arbeitgeber der Polizisten reduzieren möchten, haben ihre Massenmärkte oft mit Hilfe des Staates organisiert; sie verlangten und erhielten Importbeschränkungen und Steuernachlässe, Eisenbahnstrecken und Telefonleitungen, Autobahnanschlüsse und Staatsaufträge. Alles vergessen?

Alles vergessen. Deregulierung heißt die Philosophie des neuen Liberalismus. Die Gefahr ist groß, daß selbst die Kommunikationsadern der modernen Gesellschaft, die über ein knappes Jahrhundert durch gigantische Investitionen aufgebauten Fernmeldenetze öffentlicher Verantwortung entzogen werden.

Die britische Regierung Margaret Thatchers hat die ersten entscheidenden Schritte auf diesem Weg schon getan. Wer

wird die Digitalisierung, die Glasfaser und die Integration der verschiedenen physikalischen Netze finanzieren? Wer wird Milliarden und Abermilliarden vorstrecken, die erst in Jahrzehnten zurückkommen? Es lebe der Weltmarkt: AT & T.

Wer solche eine Politik treibt, stürzt Europa in entkräftende Klassenausesetzungen. Der europäische Sozial- und Infrastrukturstaat darf nicht liquidiert, er muß modernisiert und europäisiert werden. Das aber verlangt eine Linke, die sich einen Begriff vom Staat bewahrt hat.

★

Eine der großen Aufgaben der nächsten zwei Jahrzehnte ist die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft. Das ist weder ein Wahnprodukt christlicher Innerlichkeit noch eine deutsche Marotte, sondern die Vorbedingung dafür, daß die Produktion nicht die Produktionsgrundlagen vernichtet. Das europäische Management, das so gerne das gelobte Land Japan zitiert, wenn es um Arbeitszeit oder um Arbeitsdisziplin geht, sollte nach Japan schauen: Dort ist man im Umweltschutz ein ganzes Stück weiter. Ökologische Modernisierung bedeutet nicht Symptombekämpfung, sondern Strukturwandel; nicht Nachsorge, sondern Vorsorge.

Der Staat – wenn er denn übrigbleibt – muß langfristige Ziele formulieren, die die Wirtschaft marktwirtschaftlich abarbeiten kann. Es geht um nicht weniger als um den tendenziellen Wechsel der Rohstoffbasis: um die drastische Senkung des

Verbrauchs von nicht regenerierbaren Rohstoffen durch Verfahrensinnovationen, Meß- und Regeltechnik, um den Übergang zu regenerierbaren Naturrohstoffen und Energien, um Ressourcenschonung und Energieeinsparung durch neue Verfahren und neue Werkstoffe, um den Übergang zum Rohstoff Information.

Mit einem Wort: Es geht um eine gewaltige Herausforderung an technische Erfindungskraft und unternehmerische Phantasie. Die Jugend, sagen die nachdenklichen Vorstandsvorsitzenden in ihren Vortragszyklen in den feinen Häusern von Davos, die Jugend brauche eine große Aufgabe. Hier hätte sie eine.

Die Linke muß die ökologische Modernisierung zu ihrem Projekt machen; aber sie darf weder dem Biologismus noch der falschen Moralisierung ökologischer Kommunikation verfallen. Ökologie ist kein Heilsbegriff und keine Leitwissenschaft; sie setzt keine Werte, sondern erklärt Zusammenhänge. Der neue Liberalismus will den Markt heilig sprechen; der grüne Ökologismus die Natur; beides ist schlechte Religion. Weder geht es um die Wiederverzauberung der Welt noch um die Unterwerfung des Menschen unter die Natur; das wäre ein schöner Humanismus.

Der Mensch muß weiter in Energiekreisläufe, Materialzyklen, Ökosysteme eingreifen; nur nicht plump und zerstörerisch, sondern filigran, gestaltend, reflektiert. Wer die passive Unterordnung des Menschen unter Naturzusammenhänge predigt, erliegt einer alten Verfinsterung des Intellekts.

Also weder der Gestus der großen moralischen Kehre noch der ordinäre Optimismus der Ellbogen-Industriellen, sondern die penible Abstimmung gesellschaftlicher Ziele mit den Möglichkeiten der Natur, neue Normen des Naturumganges, eine neue Stufe der Verständigung von Naturwissenschaft, Sozialwissenschaft und Politik. Was für ein Thema für eine offensive, nach zwei Seiten schlagende Linke!

Auf dem festen Fundament einer aufgeklärten Aufklärung wäre auch die hysterische Debatte über die Kernenergie auf

eine kleine Zahl plausibler Fragen reduzierbar. Ihr Einsatz ist mit der heute gebräuchlichen Generation der Leichtwasserreaktoren auf wenige Jahrzehnte begrenzt, die Entsorgung dieser Reaktoren ist bis heute nicht gewährleistet.

Wollen wir uns die Kosten für die bessere Kernbrennstoffausnutzung durch Brüter und Wiederaufarbeitung leisten? Können wir die damit verbundenen Risiken ohne Zaudern und ohne Zucken tragen? Trauen wir uns zu, die Zahl der Kernkraftwerke (angesichts der im nächsten Jahrhundert verlangten Energiemenge) zu verdreifachen? Können wir dann sicher sein, daß weltweit Tschernobyl-Katastrophen zu verhindern sind? Wird der Mißbrauch des Plutoniums auf der ganzen Welt auf Dauer auszuschließen sein?

Ich möchte den sehen, der all diese Fragen ohne Stocken mit Ja beantworten kann. In der Bundesrepublik ist der Ausstieg aus der Kernenergie seit ein paar Jahren zum Paßwort geworden: Man weist sich aus, indem man dagegen oder dafür ist. Das sind deutsche Übertreibungen. Aber soviel die deutsche im Dialog mit der europäischen Linken zu lernen hat, um eine wieder einmal eingerissene sentimental-moralisierende Lebensstimmung zu überwinden: Bei der Kernenergie hat die deutsche Linke schon auf mittlere Sicht die besseren Argumente.

Die Gesellschaftsgeschichte des Menschen ist, aller Selbstalarmierung zum Trotz, nicht zu Ende; wohl aber wieder an einer Wendemarke, wo der Mensch sich der Herrschaft über seine Mittel versichern muß. Deshalb wäre ökologische Modernisierung auch ein Stück Rekonstruktion der Politik.

★

Der neue Liberalismus hat derzeit nur geschäftliche Perspektiven; er ist politisch planlos. Die Europäische Linke kann zur führenden Kraft werden, wenn sie ihrem Friedenswillen eine historische Richtung gibt: die Wiederherstellung Europas. Seit der Aufteilung Europas in Jalta und ihrer Verfestigung zwischen 1944 und 1952 herrscht Waffenstillstand; aber kein Friede. Man soll eine Regelung, die im umkämpftesten Kontinent der Welt für mehr als 40 Jahre Krieg verhindert hat, nicht leichtfertig verdammen; und wer an den Grenzen, die in Jalta gezogen wurden – etwa den deutsch-tschechischen, den deutsch-polnischen, den polnisch-russischen –, rütteln wollte, wäre ein Wahnsinniger oder ein Verbrecher. Aber der Schein ungefährdeter Sicherheit in Europa trägt.

Die Sowjet-Union ist wirtschaftlich verkalkt, ihr Vorfeld gerät in Bewegung, die früheren Satelliten werden zu schwer berechenbaren Partnern, „die flache Europakarte an der Wand wird wieder zum Relief“ (Brandt), und Gorbatschow versucht den Ausbruch aus dieser unsicher gewordenen Zitadelle. Die Nato-Strategie der flexiblen Antwort, aufgebaut auf der Bereitschaft der Amerikaner, ihr eigenes Leben für die Europäer zu riskieren, ist brüchig geworden. Amerika wird von isolationistischen Tendenzen gebeutelt, die Westeuropäer kritisieren die Amerikaner wechselweise als zu militant oder zu nachgiebig, in der europäischen Jugend wächst ein realitätstüchtiger Defätismus.

Nato as usual wird täglich brutaler der Lächerlichkeit ausgesetzt. Das Bild, das die Nato bot, als sie auf Gorbatschows Abrüstungsvorschläge eine einheitliche Antwort hätte geben müssen, war erbarmungswürdig. Hinter einer Fassade

raketenbeschützter Normalität ist die Situation in Europa – auf mittlere Sicht – labil und gefährlich.

Radikale Illusionslosigkeit ist die Vorbedingung für eine neue europäische Utopie. Nur die vorbehaltlose Anerkennung des Status quo schafft die Voraussetzung für eine allmähliche Änderung des Status quo, die niemals zum Status quo ante führen kann. Die Europäer müssen lernen, in ihrem Denken die Ost-West-Dimension zu sprengen.

Vor allem die Westeuropäer müssen aufhören, sich einzubilden, direkt hinter der Berliner Mauer begänne der Osten (gleichbedeutend mit dem Reich der Hunnen) – Warschau, Prag und Budapest sind europäische Städte. Ost- und West-Europäer müssen sich einen Begriff von Gesamteuropa bewahren. Aber jeder abrupte Versuch zur Aufkündigung der Blöcke würde die Strukturen zerstören, aus denen allenfalls neue Strukturen entwickelt werden können.

Gesamteuropa ist keine Alternative zu Westeuropa; vielmehr ist die westeuropäische Einigung die Voraussetzung für die schrittweise Schaffung überwölbender west-östlicher Strukturen. Nur wenn die Westeuropäer größere Unabhängigkeit von ihrer amerikanischen Vormacht gewinnen, gibt es eine Chance, daß Osteuropa größere Bewegungsfreiheit von seiner sowjetischen Vormacht bekommt.

Aber eine Emanzipation Europas gegen die Vormächte zerstörte selbst dann, wenn die Vormächte sie sich gefallen ließen, die kipplige Balance der Sicherheit. Und die Vorbedingung für eine neue Struktur des Friedens ist militärische Sicherheit – oder jedenfalls das, was die jeweiligen Eliten für Sicherheit halten und was die Völker als Sicherheit akzeptieren.

Was Europa jetzt, angesichts der halb verwegenen, halb verwegen demagogischen Initiativen Gorbatschows braucht, ist eine zweite Ostpolitik. Im Unterschied zur ersten, die in mühseliger Kleinarbeit die politischen Sprengsätze entschärfen mußte, die noch aus dem Zweiten Weltkrieg herumlagen, muß sie auf eine dauerhafte europäische Friedensordnung gerichtet sein.

Methodisch heißt das: Wir müssen versuchen, eine genau durchkalkulierte Position der Entspannung gegen rechtspopulistische Rückschläge im Westen und gegen das Wiedererstarken der Falken im Kreml abzusichern; das verlangt eine stärkere Betonung des wechselseitigen Containments, eine kundigere Berücksichtigung der komplizierten Steuerungsprozesse im jeweils anderen Lager.

In der Substanz umfaßt eine zweite Ostpolitik drei Elemente:

- ▷ Abrüstung in Mitteleuropa – also Abschakeln statt Aufschaukeln, zum Beispiel eine chemiewaffenfreie Zone, einen nuklearwaffenfreien Korridor, konventionelle Truppenverdünnung auf beiden Seiten, Jaruzelski-Plan, und so weiter,
- ▷ intensivierte wirtschaftliche Kontakte, und zwar zwischen westlichen und östlichen Unternehmen (joint ventures), zwischen westeuropäischen und osteuropäischen Staaten, zwischen EG und Comecon,
- ▷ den Aufbau systematischer kultureller Beziehungen zwischen den geistig verwandten mitteleuropäischen Staaten.

Aber es gibt bisher kein Europa, das diese Politik betreiben könnte. Es können sich nur einzelne zusammentun. Hier

müssen Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland eine besondere Verantwortung übernehmen; allerdings nicht durch symbolische Akte, sondern durch mühsam erarbeitete Politik.

Es genügt nicht, daß die führenden Staatsmänner beider Länder Adenauer und de Gaulle spielen und sich auf alten Schlachtfeldern bei der Hand nehmen. Sie müßten versuchen, die hartnäckigen Widerstände in ihren eigenen Ländern zu überwinden und eine konkrete Zusammenarbeit beider Länder in der konventionellen Verteidigung zustande zu bringen.

Nur ein solcher Schritt böte die Möglichkeit, aus dem Zirkel einer ermatteten Verteidigungsdoktrin herauszutreten. Paris und Bonn, dann aber auch Rom und Madrid könnten die Ausgangspunkte einer neuen europäischen Geschwindigkeit werden.

Denn wer die Selbstbehauptung Europas will, muß auch die Lasten tragen, die größere Eigenständigkeit auferlegt. Es hat wenig Zweck, zu warten, bis irgendwann in den Vereinigten Staaten der Topf überkocht und der Kongreß einen Präsidenten zwingt, die militärische Präsenz der Amerikaner in Europa einseitig zu verringern.

Die Europäische Linke muß den Mut finden, einen realistischen, geplanten europäisch-amerikanischen Prozeß anzustoßen, in dem eine Abschmelzung amerikanischer Truppen (bis auf ein allerdings unverzichtbares Minimum) in Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjet-Union eingebracht wird.

Kann sich die national verkapselte, keineswegs einige Europäische Linke auf solche Konzepte verständigen? Außenpolitik ist am Ende des 20. Jahrhunderts nicht mehr das diplomatische Ränkespiel chevaleresker Gauner; allerdings auch keine „Theologie des Nichtkampfes“ (Regis Debray).

Die Linke muß sich klarmachen: Im Jahr 1945 ist nicht nur das Hitler-Reich zerfallen. Es ist eine ganze Epoche zu Ende gekommen – die Epoche des Nationalstaats. Das könnte auch das Ende Europas gewesen sein; oder ein neuer Anfang.

★

In Heinrich Bölls berühmter Novelle „Dr. Murkes gesamteltes Schweigen“ wird ein Rundfunkredakteur gezwungen, das Wort „Gott“, das hundertmal in seinem Text vorkommt, jeweils durch die Worte „jenes höhere Wesen, das wir verehren“ zu ersetzen. Diesem Beispiel (unbewußt) folgend, streichen so manche führende Linke heutzutage das Wort Fortschritt in den Redeentwürfen ihrer Referenten sorgfältig durch und schreiben den neutralen Begriff Entwicklung darüber.

Kann man in solch einem Klima des Denkens den Versuch machen, an der Tradition der Aufklärung und der Idee fortschreitenden Denkens festzuhalten? Hat man eine Chance, gehört zu werden, wenn man dafür plädiert, den Fortschrittsbegriff nicht abzuwracken, sondern sozial und ökologisch zu rekonstruieren? Kann man durchdringen, wenn man sich für eine neue Gesprächsfähigkeit der voneinander abgeschotteten wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Eliten einsetzt?

Dies ist kein Plädoyer für Modernisierung ohne Reform oder den bodenlosen Optimismus von Leuten, die sich in der Pose der kraftstrotzenden und wissenschaftsgläubigen Pioniere gefallen. Eine Linke, die den Kontakt zu den ökologischen

oder pazifistischen Emanzipationsbewegungen verliert, würde heutzutage aus dem Alltag von Millionen von Menschen verdrängt.

Die Linke muß für eine Moderne kämpfen, in der der Mensch seine Angstfähigkeit behält. Der Versuch, die dunklen Erfahrungen, die das 20. Jahrhundert mit destruktivem Fortschritt gemacht hat, zu verdrängen, müßte bitter fehlschlagen.

Da liegt im übrigen einer der Streitpunkte zwischen den deutschen Sozialdemokraten und den französischen Sozialisten: Den teuren Symbolismus der Concorde halten wir für die falsche Moderne.

Aber eine Linke, die – erschöpft von mißlungener Geschichte – in der Gegenwart keinen Zukunftsbezug mehr entdeckt, stirbt ab. Pessimistische Kulturstimmungen kann die Rechte allemal besser absorbieren als die Linke. Der postmoderne Zweifel an der Machbarkeit und der Politik (in extremer Formulierung lautet er: es sei naiver Optimismus, daß soziale Probleme gelöst werden könnten) arbeitet dem Neoliberalismus in die Hände.

Die Politik löst sich in Selbstorganisation und Moral auf. Das ist genau, was eine lebensstüchtige Kleinbourgeoisie braucht. Demnächst wird Margaret Thatcher private Kernkraftwerke und private Gefängnisse lizenzieren.

Denn für den neuen Liberalismus ist die technologische Dynamik sozusagen überpolitisch: Sachzwang. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit ist ihm – De-regulierung/Privatisierung – vorpolitisch, privat. Damit wird der Infrastrukturstaat und der Sozialstaat halbwegs zum Verschwinden gebracht; die politische Klasse ziemlich überflüssig.

Das ist natürlich Anti-Modernismus, wie er leibt und lebt: Das Emporsteigen der Staatsidee wird rückgängig ge-

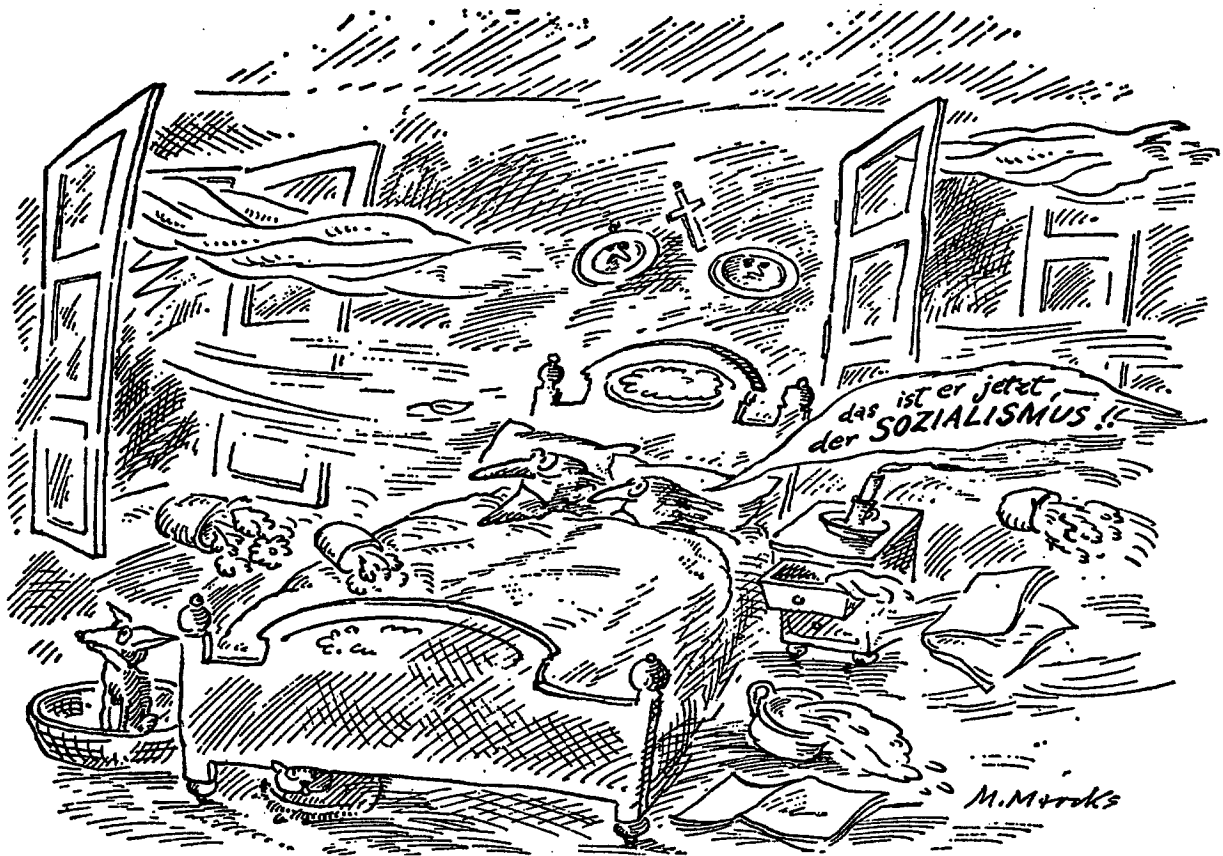
macht, man kehrt sozusagen zur Unzahl (privater) Obrigkeiten des Mittelalters zurück. Aber wer merkt das schon? Die Idee des Staats als „anti-egoistische Konzentration des Willens auf gemeinsame Lebenszwecke“ (Ernst Troeltsch) ist lachhaft geworden. Solange ein Teil der Linken mitlacht, ist diese Linke ohne Machtchance.

Und ein Teil der Linken lacht mit; nicht schrill, eher resigniert, aber eben doch. Nicht nur die Grünen und einige der neuen sozialen Bewegungen sind von postmodernem Geist durchtränkt: Auch viele sozialistische und sozialdemokratische Parteien und sogar die eine oder andere Gewerkschaft für Privatangestellte, für Lehrer oder für Journalisten haben postmoderne Flügel oder Flügelchen.

Nietzsche und Heidegger sind dabei – wenn auch in französischer Fassung –, Marx zu verdrängen.

Es war schon gut, daß die meisten Organisationen der Europäischen Linken bestimmte marxistische (nicht marxische) Patentrezepte (wie die Verstaatlichungswut) abgestreift haben. Aber derzeit tun sie des Guten zuviel. Mit aufgeblähter Innerlichkeit und einem Sündenpessimismus ohne Gott läßt sich weder die (schrumpfende) Facharbeiterschaft noch die (wachsende) Zahl der Angestellten ins 21. Jahrhundert führen.

Politik ist keineswegs nur eine Domäne des Staats; viel ehemals Privates wurde in den letzten Jahren gezwungenermaßen politisiert. Aber bevor die Linke (oder wichtige Truppenteile der Linken) sich resigniert in die Welt der Sub- oder



Süddeutsche Zeitung

Mikropolitik zurückziehen, sollten sie prüfen, ob die heutige Unfähigkeit der Politik, die Weltschuldenkrise, die Arbeitslosigkeit oder die Umweltzerstörung wirksam zu bekämpfen, nicht auf sehr genau beschreibbaren institutionellen Defiziten beruht.

Es mag ja blutig schwer bis unmöglich sein, den Internationalen Währungsfonds, wie Keynes schon 1944 vorgeschlagen hatte, mit angemessenen Reserven und einem angemessenen Mandat auszustatten, um ihn erneut zu einer handlungsfähigen Lenkungsinstanz in einer neuen keynesianischen Ordnung zu machen. Aber die Hindernisse gegen eine solche Lösung liegen weder in der undurchschaubaren, monadenhaften Komplexität des „Systems“ noch (nur oder vor allem) in der mangelnden Moral der Politiker.

Es mag ja fast aussichtslos sein, den zerstrittenen Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft dazu zu bringen, die Euro-Dollar-Märkte an die Kandare zu nehmen und ihre Währungspolitik vernünftig zu koordinieren. Das verdanken wir dann aber nicht mystischen Gesetzmäßigkeiten einer modernen funktionalen Gesellschaft, sondern unserer eigenen Unfähigkeit. Vielleicht wäre auch anstelle fundamentalistischer Moralisierung (die immer auch Privatisierung bedeutet) ein *neuer Institutionalismus* am Platz?

Es ist sicher sinnvoll, der politischen Klasse auf die Finger zu sehen und aufzupassen, daß Bestechlichkeit, Betrug und ungesetzliche Bereicherung unterbunden werden. Aber die brutalen Probleme unserer Welt werden nicht dadurch gelöst, daß Politiker nicht mehr mit Photomodellen schlafen, ihre Einkünfte halbieren und nur noch in der Business-class fliegen. Politiker sollten nicht nur „authentisch“ sein; sie sollten auch vernünftige Vorschläge machen und das Talent

pflegen, Leute für ihre Vorschläge zu gewinnen, die auf dem anderen Ufer zu Hause sind.

Die Europäische Linke braucht mehr republikanischen Pragmatismus, wenn sie siegen will. Übrigens auch mehr Sensibilität für Leute von anderen Ufern.

Natürlich hat das europäische Haus viele Stockwerke. Die postmoderne Gefährdung wirkt in der Bundesrepublik, in Österreich, den Niederlanden, Skandinavien. In Frankreich hat sie die Intelligenzija durchsäuert, die sozialistische Partei aber kaum erreicht. In England ist sie unbekannt. Eine Rückwendung zum produktiven Sektor ist für die deutsche Linke dringend, für die französische irrelevant. Die ökologische Orientierung ist bei den Deutschen durchgesetzt, bei den Franzosen bestritten.

In einigen Ländern sind die Gewerkschaften lebensgefährlich geschwächt, in anderen haben sie gerade eine neue Linie und eine neue, entschlossene Führungsgeneration hervorgebracht. Und während die Spaltung der englischen Linken nach rechts (zur SDP) stattfand, quälten sich die Italiener in einer kommunistisch-sozialistischen, die Deutschen in einer rot-grünen Konkurrenz.

Zwei Imperative aber gelten für alle: In nationaler Formation verrät die Linke heute gezwungenermaßen ihr Programm; sie entwickelt entweder einen neuen Internationalismus, also eine europäische Orientierung – oder sie zerfällt. Und sie darf die Entideologisierung nicht bis zur Gesichtslosigkeit treiben.

Wenn sie beginnt, die immer gefährdete, immer um ihr Leben kämpfende, aber eben doch „existierende Vernunft“ (Hegel) in der Geschichte zu leugnen, hat sie sich selbst überflüssig gemacht. Ihre Organisationen können dann noch ein paar Jahre oder auch Jahrzehnte überleben, sozusagen als postmoderne Freibeuter. Ihre Utopie aber wäre widerlegt, ihre geschichtliche Arbeit umsonst. ◆